

Neue Argumente

www.arge-ja.at

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie

In dieser Ausgabe:

● **Verfassungsklagen gegen den EU-Reformvertrag**
Mit dem EU-Reformvertrag würden Demokratie und Rechtsstaat gefährlich ausgehöhlt. Seite 1

● **EU-Urteile hebeln Kollektivverträge und Streikrecht aus!**
Seite 2

● **Keine Alternative zum Krieg?**
Beispiele für Propaganda, Feigheit und Zivilcourage Seite 3

● **Zukunft ohne Öl**
Der in schwindelerregende Höhen getriebene Ölpreis zeigt uns, wie abhängig wir von diesem einen Rohstoff sind. Was sind die Alternativen? Seite 4

● **Erfolg der Protestaktionen:**
Keine Kreditfinanzierung der ERSTE Bank für AKW Mochovce! Seite 6

● **Studie: Erhöhtes Krebsrisiko für Kinder in der Umgebung von Atomkraftwerken**
Es kann nicht sein, was nicht sein darf: Nach diesem Motto wurde eine absurde Uminterpretation einer im vergangenen Dezember veröffentlichten Studie gemacht. Seite 7

● **Große Unsicherheit über die in der Umgebung von AKWs tatsächlich freigesetzte Radioaktivität und mangelhafte öffentliche Kontrolle** Seite 8

Verfassungsklagen gegen den EU-Reformvertrag

**Die Demokratie ist die politische Form der Freiheit.
Mit dem EU-Reformvertrag würden Demokratie und Rechtsstaat gefährlich ausgehöhlt. In Deutschland wurde eine Verfassungsklage bereits eingereicht, und auch in Österreich sind Klagen in Vorbereitung.
Es geht um nichts weniger als die Freiheit.**

In Deutschland wurde nach der Ratifizierung des EU-Reformvertrags durch den Bundesrat am 23.5.2008 auf Initiative des Abgeordneten Peter Gauweiler (CSU) eine Klage gegen den Vertrag wegen **Widerspruch zum Grundgesetz beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingebracht**. Gauweiler hatte dort bereits im Jahr 2005 eine Klage gegen die damalige EU-Verfassung geführt und erreicht, daß der deutsche Bundespräsident Horst Köhler die EU-Verfassung nicht unterzeichnen durfte und diese daher in Deutschland niemals rechtskräftig ratifiziert wurde.

Die damalige und die jetzige Klagsschrift wurden von dem Professor für öffentliches Recht, **Univ.-Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider** erstellt. Auch in Österreich wird eine Klage eingebracht werden, die Prof. Schachtschneider in Zusammenarbeit mit österreichischen Universitätsprofessoren für die überparteiliche Plattform "Ja zu Österreich, nein zur EU" formuliert hat. Die Klagsschrift für Österreich wird sich von der deutschen aufgrund der unterschiedlichen Verfassungslage erheblich

unterscheiden. Die österreichische Rechtslage ermöglicht auch nicht, wie in Deutschland, daß der Verfassungsgerichtshof mit einer einstweiligen Verfügung dem Bundespräsidenten die Unterzeichnung des Vertrages untersagen könnte, ein Einspruch ist nur im Nachhinein möglich.

Das Ziel der Klage ist :

1. die **Verfassungswidrigkeit des EU-Reformvertrags wegen seiner Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaat zu zeigen**
2. die durch **Parlament und Bundesrat erfolgte Ratifizierung des EU-Reformvertrages daher für nichtig zu erklären,**
3. eine Ratifizierung **ausschließlich durch die Verpflichtung zu einer Volksabstimmung zu ermöglichen.**

Nahezu eine Diktaturverfassung

Höchst bedenklich ist, daß durch die weitgehenden Ermächtigungen im Vertrag der europäische Rat in fast allen Politikbereichen **später die Verfassung willkürlich abändern** kann.

Foto: Christiane Schmutterer



10.000 Menschen demonstrierten am 29. März 2008 in Wien für eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag

2

Prof. Schachtschneider dazu: "Genau genommen schafft der neue Artikel 33 Absatz 6 des Verfassungsvertrages über die EU eine **Diktaturverfassung** (Anm. der Red.: entspricht Artikel 48 Absatz 6 über das "vereinfachte Änderungsverfahren" in der nun erschienenen konsolidierten Fassung). Er ermächtigt den europäischen Rat, die Staats- und Regierungschefs mit dem Präsidenten der Kommission, dem Präsidenten des Rates die gesamten Regelungen eines bestimmten Teils, die **gesamten innenpolitischen Regelungen, die Wirtschaftsverfassung, die Sozialverfassung, die Währungsverfassung, aber auch die Verbraucherregelungen, die Umweltregelungen und den gesamten Bereich des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das ist das Polizeirecht und das Strafrecht und viele andere Bereiche mehr.** Praktisch die gesamten Politikbereiche außer der Außenpolitik ganz oder zum Teil zu ändern.

Nur durch Beschluß. Das Europäische Parlament wird dabei nur angehört, die Mitgliedsstaaten müssen nach ihren Verfassungen zustimmen, aber das bedeutet nur, daß die Regierungschefs zustimmen müssen."

"Nach der Regelung ist es völlig klar, daß die nationalen Parlamente an diesem Verfahren nicht beteiligt werden. Denn es ist **keine Ratifikation nötig, es ist kein völkerrechtlicher Vertrag der geschlossen wird, sondern es ist ein politischer Organakt des Europäischen Rates.** Im übrigen dürfen auch die Zuständigkeiten nicht erweitert werden. Aber die sind unendlich weit. Alle Politikmöglichkeiten sind in den Zuständigkeiten geregelt. Also wir sind schutzlos einer Änderung der Verfassungslage in allen Mitgliedstaaten - auch in Österreich - ausgeliefert, wenn die Staats- und Regierungschefs das wollen. Nur der Bundeskanzler kann das verhindern.

Ob er das wollen wird, angesichts des neuen politischen Systems der Absprachen unter den Staats- und Regierungschefs. Das ist die wirkliche Entdemokratisierung. Ich denke, daß diese Regelung völlig untragbar ist. Ich hoffe auch, daß sie beim deutschen Bundesverfassungsgericht scheitern wird, ich werde alles tun um das zu ermöglichen." (...)

"Ohne Demokratie, oder wenn die politischen Verhältnisse nur demokratisch genannt werden und es aber nicht sind, so war es ja auch in der DDR, gehen all diese Entwicklungen in Europa... die wir der Aufklärung und dem Christentum verdanken, verloren, und ohne demokratische Strukturen entwickelt sich - hat sich entwickelt - ein **bürokratischer Zentralismus, der letztlich diktatorische Züge hat.** Ohne Demokratie haben die Völker, insbesondere auch die Österreicher keine Möglichkeit mehr ihr Schicksal zu bestimmen. Weder im Inneren noch nach Außen."*

Die in der Österreichischen Verfassung verankerte **Neutralität** würde laut Schachtschneider auf einen einzigen Fall reduziert, die Entbindung von der Beistandsverpflichtung im Falle eines Angriffs auf einen EU-Mitgliedstaat. Alle anderen EU-Militäreinsätze im Rahmen sogenannter Krisenbewältigung oder Terrorbekämpfung wären von Österreich mitzutragen.

Eine weitere Klage in Österreich gegen den EU-Reformvertrag soll dem Vernehmen nach von Prof. Adrian Hollaender eingebracht werden, in Deutschland durch die ÖDP (Ökologisch-demokratische Partei).

(*) Aus einem Interview der Initiative "Rettet Österreich" mit Prof. Schachtschneider <http://rettet-oesterreich.at/fileadmin/res/Interview%20Prof.Dr.K.A.Schachtschn.pdf>

*"Das Recht muß nie der Politik,
wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepaßt werden"*

Immanuel Kant



AUFWACHEN!

EU-Urteile hebeln Kollektivverträge und Streikrecht aus!

(Text eines Flugblattes der Werkstatt für Frieden und Solidarität)

Jüngste Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sollen es in Zukunft Unternehmen mit einem Firmensitz in einem EU-Billiglohnland ermöglichen, Kollektivverträge auszuhebeln. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen dieses Lohndumping werden für unzulässig erklärt.

Ende 2007 und im März 2008 hat der EuGH drei spektakuläre Urteile gefällt, die auch das österreichische Sozialsystem erschüttern könnten. Anhand von Arbeitskonflikten in Schweden, Finnland und Niedersachsen kamen die obersten EU-Richter zu folgenden Urteilen: Erstens: **Unternehmen, die einen Firmensitz in einem Billiglohnland der EU haben, dürfen in allen anderen EU-Staaten Beschäftigte unter dem Kollektivvertrag zahlen** (in Schweden zahlte eine estnische Firma 50% unter KV!). Zweitens: Auch öffentliche Aufträge dürfen nicht an die Einhaltung von Kollektivverträgen gebunden werden. Drittens: **Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen diese Art des Lohndumpings sind unzulässig.** Begründung: Sicherung des "freien EU-Binnenmarktes", wie er durch die EU-Verträge vorgegeben ist. Diese EuGH-Urteile stellen daher einen Dammbbruch dar, denn grundlegende

Errungenschaften der ArbeitnehmerInnen wie Kollektivverträge und das Streikrecht drohen nun unter dem Hammer des EU-Binnenmarktes zu zerbrechen.

Grundlage dieser EuGH-Entscheidungen sind die neoliberalen EU-Grundlagenverträge, die alle EU-Mitgliedstaaten auf den EU-Binnenmarkt und eine 'offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb' verpflichten. Der nun vorliegende EU-Reformvertrag zementiert diesen Neoliberalismus ein und verschärft den Druck in Richtung Sozialabbau und Privatisierung. So erhält die EU-Kommission neue Möglichkeiten zur flächendeckenden Liberalisierung - und damit Privatisierung - öffentlicher Dienste. Die Mitbestimmung der nationalen Parlamente bei internationalen Handelsverträgen in den sensiblen Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales entfällt. Der Sparzwang im Sozial- und anderen öffentlichen Bereich wird festgeschrieben, während gleichzeitig die EU-Staaten zur dauerhaften Aufrüstung verpflichtet werden.

Der Anteil der ArbeitnehmerInnen am Volkseinkommen (Lohnquote) geht immer mehr zurück. Im Jahrzehnt nach dem EU-Beitritt ist

die Lohnquote um 6% gesunken, doppelt so schnell wie im Jahrzehnt vor dem EU-Beitritt. Eine Untersuchung der 30 größten börsennotierten Unternehmen in Österreich zeigt: Während sich im Zeitraum 2002 bis 2006 die Konzerngewinne fast verfünffachten, sich die 30 Dividenden verdreifachten und die Managergehälter mehr als verdoppelten, ist der Personalaufwand je MitarbeiterIn um 1% gesunken.

Die jüngsten Entscheidungen des EuGH zur Aushebelung der Kollektivverträge liegen ganz auf der Linie des sog. EU-Lissabon-Ziels, in dem sich alle EU-Regierungschefs auf eine langfristige Politik der "Lohndifferenzierung" und die Förderung von "Niedriglohnsektoren" verständigt haben. Auf dieser Grundlage ist kein "soziales Europa" zu erreichen. Wer wirklich ein soziales Europa haben will, muss zunächst einmal die sozialen Errungenschaften auf nationalstaatlicher Ebene verteidigen. Als erster Schritt heißt das, die jüngsten Entscheidungen des EuGH entschieden zurückzuweisen. Unterstützen Sie daher unsere Petition an den österreichischen Nationalrat!

Die Petition kann auf www.werkstatt.or.at heruntergeladen werden.

3

Keine Alternative zum Krieg?

Beispiele für Propaganda, Feigheit und Zivilcourage

Der Angriff der USA auf den Irak war ein gewollter Krieg, das ist vielen Beobachtern schon lange klar geworden, bevor sich herausstellte, daß es die berüchtigten Massenvernichtungswaffen gar nicht gegeben hat. Nun hat sogar der damalige Pressesprecher von George Bush, Scott

McClellan, in seinen nun erschienen Memoiren ausgesagt, daß **Bush seit dem Sommer 2002 gezielt auf den Krieg hingearbeitet habe** und eine "aggressive Verkaufsstrategie" in der Öffentlichkeit verfolgt habe. Statt den Konflikt zu verhindern, habe der Präsident "die Krise so gemanagt (...),

daß so gut wie garantiert war, daß der Krieg als einzige machbare Möglichkeit übrig blieb". McClellans Aufgabe war genau diese öffentliche Verteidigung des Krieges gewesen. Damals habe er Dinge gesagt, die "schwer fehlgeleitet" waren, gesteht der Pressesprecher nun ein.



Wird es nun eine Anklage gegen George Bush und den Pressesprecher wegen Hochverrats geben? Wegen Mitschuld am Tode zahlloser Menschen? Wird Bush sofort seines Amtes enthoben werden? Wird kein westlicher Politiker ihm mehr die Hand schütteln?

Manche mögen nun sagen: "Ja das ist typisch USA". Das kann hier nicht passieren? Aber erinnern wir uns doch, wie es hier vor dem Jugoslawienkrieg war! Wie deutsche und österreichische Politiker im Fernsehen wieder und wieder mit tragisch-ernsten Mienen betonten, es gäbe leider keine Alternative zu den Bombengeschwadern der NATO, um den völkermordenden Milosevic zu stoppen? Und schienen nicht all die Bilder und Nachrichten, die wir sahen, dies zu bestätigen? Viele glauben es noch heute, weil diejenigen, die es anders sahen, nicht zu Wort kamen. Einer von ihnen war der damalige militärische Berater der OSZE, Brigadegeneral a. D. Heinz Loquai, der in seinen Büchern beschreibt, wie auch im Jugoslawienkonflikt vom Westen gezielte "Weichenstellungen für einen Krieg" betrieben wurde¹.

Was ist die Lehre daraus? Daß man gar nicht mißtrauisch genug sein kann, wenn wieder die Rede ist von der Notwendigkeit von Militäreinsätzen zur "Krisenbewältigung", "Friedensschaffung" oder in welchen sprachlichen Schafspelzen die rohe Gewalt immer um unsere Billigung heischen mag. Die gegenwärtige Entwicklung der EU geht massiv in Richtung einer Politik militärischer Stärke, so wird ja auch im Reformvertrag eine Aufrüstungsverpflichtung ausdrücklich festgeschrieben! Mehr denn je bedarf es eines kritischen Denkens und Zivilcourage, wie ihn der deutsche

Soldat Florian Pfaff bewiesen hat, der angesichts eines Auftrags, der eine Mithilfe am Irakkrieg bedeutet hätte, den Gehorsam verweigerte.

Der Fall Florian Pfaff: Von der Freiheit des Gewissens und den Grenzen des Gehorsams

Einst hatte der Offizier der deutschen Bundeswehr gedacht, sein Arbeitgeber sei "die größte Friedensbewegung der Erde". Später kamen die Zweifel. Der NATO-Einsatz im Kosovo, mit diversen Lügen der Öffentlichkeit als notwendig verkauft: Gefallene UCK-Kämpfer, die in Zivilgewänder gesteckt als das von Serben angeblich begangene "Massaker von Raczak" inszeniert wurde, und der unmittelbare Anlaß für den Kriegseintritt der NATO war. Fotos eines Baumarkts, der den Soldaten als serbisches KZ präsentiert wurde, um ihre Motivation zu stärken. Pfaff wurde sehr mißtrauisch. Schließlich kam der Irakkrieg von 2003 - an der sich Deutschland wenigstens offiziell nicht beteiligte: "Kein deutscher Soldat darf irakischen Boden betreten", so hatte die rot-grüne Regierung verlautbart. Aber hinter den Kulissen des unmittelbaren Kampfgeschehens leistete Deutschland den US-Aggressoren vielfältige indirekte Hilfe. Durch Soldaten in AWACS-Flugzeugen, durch Kriegsschiffe vor Afrika oder mit Spürpanzern in Kuwait, eine ganze Kette von Beihilfen bei einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg.

Als Softwarespezialist im Bereich Logistik und Organisation ahnte Florian Pfaff damals, daß er mit seiner Arbeit die Kriegsmaschinerie unterstützen könnte. Als seine Vorgesetzten auf seine Nachfrage

dies auch keineswegs ausschlossen, verweigerte Pfaff den Gehorsam mit der Begründung, daß das deutsche Grundgesetz jegliche Beteiligung an einem Angriffskrieg ausdrücklich verbietet.

Das Truppengenicht sah dies anders. Pfaff bekam den Befehl, über die Sache zu schweigen, und weiterhin loyal zu sein. Als dies nichts nutzte, wurde er zur Strafe degradiert und schließlich in eine Klinik überwiesen, wo er eine Woche Psychatrierung über sich ergehen lassen mußte. Er mußte dem Nervenarzt in Unterhosen beweisen, daß seine Reflexe noch funktionieren. "Die dachten wohl, ich steh das nicht durch." Doch Pfaff gab sich nicht geschlagen und klagte vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig: er verwies darauf, daß jeder Soldat einen Eid nicht auf die Befehle der Vorgesetzten, sondern auf die Verfassung schwört. Mehr als zwei Jahre später bekam er sein Recht: Im Juni 2005 beschied das Leipziger Bundesverwaltungsgericht in einem denkwürdigen Urteil, daß eine gewisse Beteiligung Deutschlands am Irak-Krieg erfolgt war, und der aufmüpfige Soldat zu Unrecht wegen seiner Gewissens-Entscheidung sanktioniert worden war. Er wurde in allen Anklagepunkten freigesprochen und seine Degradierung aufgehoben. Damit hat er einen Präzedenzfall geschaffen, auf den sich andere Soldaten in Zukunft berufen können.

Florian Pfaff wurde seither mit mehreren Preisen für seine Zivilcourage ausgezeichnet, darunter 2006 die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte.

(1) Heinz Loquai, "Weichenstellungen für einen Krieg" ISBN 3-8329-0150-7, "Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg" ISBN 3-7890-6681-8

*Die schmutzige Zumutung der Macht an den Geist:
Lüge für Wahrheit, Unrecht für Recht, Tollwut für Vernunft zu halten.*

Karl Kraus

Zukunft ohne Öl

Der in schwindelerregende Höhen getriebene Ölpreis zeigt uns schmerzlich, wie abhängig wir von diesem einen Rohstoff sind. Es wird höchste Zeit, uns von den fossilen Energieträgern zu verabschieden und gleichzeitig auch die Konzernabhängigkeit hinter uns zu lassen.

Eine "Zukunft ohne Öl" und natürlich auch ohne Atomkraft ist möglich sowie (über-)lebensnotwendig, wie ein im September erscheinendes Buch aufzeigt.

Eine Buchbesprechung von Mitautor Klaus Faißner

Besonders beim Automobil würde momentan ohne den Rohstoff Erdöl alles stillstehen: Obwohl Biotreibstoffe (besser: Agrotreibstoffe) in großem Stil zum Einsatz kommen, beläuft sich der Benzin- und Dieselanteil nach wie vor auf über 95 Prozent. Doch das Desaster rund um die Treibstoffe vom Acker zeigt eines ganz deutlich: Für eine gedeihliche Zukunft müssen wir alle das Ruder selbst in die Hand nehmen und sie nicht den - scheinbar über Nacht "grün gewordenen" - Politikern überlassen. Denn im Rampenlicht stehende Personen wie Al Gore entpuppen sich beim näheren Hinsehen als falsche Propheten, die den ohnehin schon bestehenden Machtinteressen dienen. Sie begründen die Ursachen des Klimawandels ebenso falsch wie sie die falschen Lösungen anbieten: Zum einen kann der Klimawandel zwar für das Leben auf diesem Planeten existenzbedrohend werden, er ist aber bei entsprechendem Handeln sogar gänzlich rückgängig zu machen. Zum anderen soll beispielsweise Bioethanol aus Genmais multinationalen Agrarkonzernen wie Monsanto dazu dienen, genmanipulierte Pflanzen über die ganze Welt zu verbreiten, was letztlich die totale Kontrolle über die Nahrung, aber zum Teil auch über die Energie bedeuten würde.

Mit Weizen oder mit der Sonne fahren?

Nachdem im ersten Kapitel die Energiesituation weltweit, in der EU und in Österreich analysiert wird, steht danach der Verkehr im Mittelpunkt: "Wieviel Kosten verursacht er wirklich?", und "Welcher

Antrieb ist der effizienteste?", lauten die zentralen Fragen. Benzin und Diesel werden ebenso analysiert wie Erdgas, Biogas, Biodiesel und Bioethanol, Biomass to Liquid (BtL), reines Pflanzenöl, Pressluft, Holzgas, Wasserstoff und Brennstoffzelle, Hybridauto, Schwungrad-Elektroauto und Elektroauto. Mühsam aufgebaute Mythen, wie die vom "umweltfreundlichen Erdgasantrieb" haben hier keine Daseinsberechtigung. So wird beispielsweise dargestellt, warum Erdgasautos einen weit höheren CO₂-Ausstoß haben als benzin- oder dieselbetriebene Gefährte - obwohl offizielle Stellen genau das Gegenteil behaupten. Zum Schluss kommt der Rechenstift zum Zug. Ganz besonders spannend ist die Frage des Flächenverbrauchs: Ist es überhaupt möglich, unsere Mobilität auf erneuerbare Energieträger umzustellen? Abgesehen von allen ethischen Bedenken fällt das Ergebnis für Treibstoff aus Raps, Weizen, Mais, etc. vernichtend schlecht aus. Umso überraschender sind die Werte rund um das Elektroauto im Zusammenspiel mit Photovoltaik als Energielieferant.

Unabhängigkeit!

Doch damit beginnt es erst richtig spannend zu werden: Das Zeitalter des Automobils begann mit dem Elektroauto und ihm soll auch die Zukunft gehören. Warum fuhr die Menschheit dann mehr als 100 Jahre mit dem falschen Treibstoff? Nicht überraschend liegt die Erklärung in Eigeninteressen der Automobil- und Erdölindustrie, die natürlich eines verhindern wollten und immer noch wollen: die Unabhängigkeit des Autofahrers. Mit dem Elektroauto



*Eigener Strom vom Dach:
Die Sonne schickt keine Rechnung*

muß er nämlich nicht mehr zur Tankstelle, sondern kann sein Gefährt an jeder Steckdose - bevorzugt mit Strom aus erneuerbaren Energien - aufladen. Immer wieder gelang es den mächtigen Konzernen, umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel stillzulegen oder einmal eingeführte Elektroautos, die sich als Renner erwiesen hatten, gegen den Willen der Benutzer wieder aus dem Verkehr zu ziehen. Wenn wir das Elektroauto richtig nutzen, brauchen wir uns aber auch vor Energieengpässen oder Stromausfällen nicht länger zu fürchten, denn es könnte sogar helfen, unser Energieproblem zu lösen, indem wir es auch als Stromlieferant (!) benutzen. Nicht zuletzt angesichts der herrschenden Klimasituation und der hohen Ölpreise steht das Elektroauto vor dem Durchbruch. Fast unwirklich mutet es an, daß nun auch Vertreter von Autokonzernen öffentlich erklären, daß kein Weg am "Nullemissionsfahrzeug" vorbeiführt.

Wider die Gigantonomie

Apropos Stromausfälle: Mit der immer weiter betriebenen Zusammenschaltung der ohnehin schon riesigen Stromnetze steigt die Gefahr für

immer gigantischere Stromausfälle. Doch wie will die EU und Österreich dem entgegenwirken? Mit dem Bau von Großkraftwerken, die in einer nachhaltigen Energiewirtschaft nichts zu suchen hätten. Mit Hilfe geschickter PR-Kampagnen wird Technologien von gestern neues Leben eingehaucht: der gefährlichen und uns über Millionen Jahre belastenden Atomkraft ebenso wie Pumpspeicherkraftwerken. Hier werden Tiroler Alpentäler verbaut, um Spitzenstrom für Deutschland zu erzeugen. Im Gegenzug erhält das Tiroler Energieversorgungsunternehmen TIWAG Grundlaststrom aus deutschen Kohle- und Atomkraftwerken.

Auch das ist ein Elektroauto: Josef Mayer mit seinem Ledl-Sportwagen



Mensch im Mittelpunkt

Das Buch will konkrete, praktische Vorschläge geben, wie wir aus der Sackgasse herauskommen, in die wir uns mit den fossilen Energieträgern hineinmanövriert haben. Doch speziell beim Verkehr wird es nicht genügen, eine Technologie durch die andere zu ersetzen. Im Kapitel "Mobilität statt Verkehr" zeigt der in Wien lehrende Verkehrsexperte Hermann Knoflacher in seiner gewohnt drastischen

Weise auf, wie sehr die Verkehrspolitik national und international gegen die Menschen gerichtet ist: Der österreichische Generalverkehrsplan schade überdies der österreichischen Wirtschaft und diene in erster Linie den internationalen Konzernen. Zumindest dieselbe Unfähigkeit - nur auf ungleich größerem Niveau - sei in Brüssel zu Hause: "Das Weißbuch des Verkehrs zeigt, daß diejenigen, die es verfasst haben, wenig Ahnung von Verkehrssystemen haben. Es ist völlig konservativ, zusammengestoppelt und fachlich mangelhaft fundiert."

Ohne Umschweife legt er auch dar, warum der Bau weiterer Autobahnen keinen Sinn hat: "Nur auf der Autobahn gibt's den Megastau. Wenn es die nicht gibt, wo will man stauen? Im Acker? Im Wald? Die Autobahn ist die Voraussetzung für den Megastau."

Mit einem Satz: Das Buch soll helfen, neuen Denkweisen ebenso den Weg zu bahnen wie neuen (und alten) Technologien, die Mensch und Natur gleichermaßen dienen.

August Raggam und Klaus Faißner: *Zukunft ohne Öl. Lösungen für Energie, Wärme und Verkehr.* Leopold Stocker-Verlag 2008, ca. 130 Seiten, Preis: 19,90 Euro ISBN: 978-3-7020-1201-4

6

Im letzten Kapitel wird gezeigt, wie einfach und effizient kleine Stromnetze funktionieren und warum Biomasse ein entscheidender Energieträger für Österreich ist, das zukünftig ganz auf Öl, Gas und Kohle verzichtet. In der "Vision von Graz" rechnet Autor August Raggam, Ökoenergiepionier der TU Graz, nachvollziehbar vor, wie eine mittelgroße Stadt binnen kurzer Zeit autark werden kann.

Erscheint im September 2008



Erfolg der Protestaktionen:

Keine Kreditfinanzierung der ERSTE Bank für AKW Mochovce!

Nach monatelangen Protesten wegen der beabsichtigten Mitfinanzierung des Ausbaus des slowakischen AKW Mochovce hat die ERSTE-Bank am 23.4.2008 bekanntgegeben, keine Mittel für das AKW Mochovce zur Verfügung zu stellen. Finanzierungsmittel an den Slowakischen Energieversorger Slovenska Elektrarne werden ausschließlich für nicht-nukleare Projekte gewährt werden.

In der Stellungnahme der ERSTE Bank vom 23.4.2008 heißt es:

"Wir möchten Sie mit diesem Schreiben darüber informieren, dass seitens der Erste Bank-Gruppe kein Geld für die Finanzierung von Mochovce fließen wird. In Gesprächen mit Slovenské elektrárne wurde sichergestellt, daß die Finanzierungs-

mittel ausschließlich für nicht-nukleare Projekte Verwendung finden können. Es wird somit weder eine Finanzierung des Ausbaus der Reaktorblöcke drei und vier noch irgendwelcher anderer AKW-Projekte von Slovenska elektrarne durch unsere Gruppe geben. (...) Wir werden auch in Zukunft in unseren Finanzierungsprojekten im Energie-

bereich auf Umweltaspekte und die Einbindung der Bevölkerung besonderen Wert legen."

Wir gratulieren der "Erste Bank" zu dieser weisen Entscheidung! Dieser erfreuliche Erfolg war nur möglich durch die Proteste tausender Menschen und zahlreicher Umweltorganisationen. Wir danken auch

allen Lesern der "Neuen Argumente", die sich unserer Protestbriefaktion angeschlossen haben! Es zeigt sich wieder: Widerstand zahlt sich aus!

Das Projekt Mochovce ist damit leider noch nicht gestorben. Der slowakische Energieversorger Slovenska Elektrarne wird den 800 Millionen-Kredit des Bankenkonsortiums nun für kleinere Projekte verwenden, der

Ausbau des AKW Mochovce könnte aus eigenen Mitteln finanziert werden. Trotzdem ist der Rückzug der Banken ein wichtiges Signal, daß über die Finanzierung von Atomenergie kein öffentlicher Konsens besteht, diese mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden ist und zum gefürchteten Imageverlust führen kann.



Aktivisten der Wiener Plattform demonstrieren gegenüber der Zentrale der ERSTE-Bank in Wien

Erhöhtes Krebsrisiko für Kinder in der Umgebung von Atomkraftwerken

Es kann nicht sein, was nicht sein darf: Nach diesem Motto wurde eine absurde Uminterpretation einer im vergangenen Dezember veröffentlichten Studie gemacht.

Im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Bundesamtes für Strahlenschutz wurde eine epidemiologische Langzeitstudie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken erstellt. Die Studie unter der Leitung von Prof. Maria Blettner brachte das Ergebnis, daß das Risiko für Kinder an Leukämie (Blutkrebs) zu erkranken zunimmt, je näher ihr Wohnort an einem Atomkraftwerk ist. Im Umkreis von 5km um die deutschen Kernkraftwerke wurde für den Zeitraum von 1980 bis 2003 ermittelt, daß 77 Kinder an Krebs, davon 37 an Leukämie erkrankt sind. Laut statistischem Durchschnitt wären aber nur 48 Krebs- und 17 Leukämiefälle zu erwarten gewesen. **Das heißt, daß die Krebsrate an den 16 untersuchten Standorten um 60% und die Leukämierate sogar um 120% erhöht ist.**

Die Studie umfaßte 1592 krebserkrankte Kinder und 4735 nicht erkrankte Kinder als Kontrollgruppe, untersucht wurden 41 Landkreise rund um die 16 deutschen Atomkraftwerke. Die Autoren kamen daher zu dem Schluß: "Unsere Studie hat bestätigt, daß in Deutschland ein **Zusammenhang zwischen der**

Nähe der Wohnung zum nächstgelegenen Kernkraftwerk und dem Risiko, vor dem 5. Geburtstag an Krebs (bzw. Leukämie) zu erkranken, beobachtet wird." Dieses Ergebnis bestätigte auch eine bereits im Jahr 2001 durchgeführte Studie des ehemaligen Umweltinstituts München, wonach die Krebsraten von Kindern in der Umgebung von bayrischen Atomkraftwerken signifikant erhöht sind. Auch internationale Studien hatten ähnliche Ergebnisse gebracht.

Das Bekanntwerden der Studie löste große öffentliche Besorgnis und Debatten aus. Von vielen Seiten wurde die Forderungen erhoben, die Grenzwerte für radioaktive Emissionen aus Atomkraftwerken drastisch zu senken oder aus der Atomenergie überhaupt sofort auszusteigen. Angesichts dieses öffentlichen Drucks reagierten die Atombefürworter mit der absurden Argumentation, es sei ja nicht erwiesen, welche Risikofaktoren zu der statistischen Häufung der Erkrankung geführt hätten. Es könnte ja auch etwas ganz anderes als die Strahlung die Ursache sein. Die um die Atomkraftwerke gemessene Strahlung sei überhaupt zu gering, um Krankheiten auszulösen. Für andere

Ursachen konnten allerdings keine plausiblen Gründe genannt werden.

Doch anstatt aus den eindeutigen Ergebnissen sofort Konsequenzen für alle Betreiber von ISAR bis Mochovce zu fordern, relativierten die Autoren der Studie ihre Ergebnisse und machten sich dadurch zu willfährigen Handlangern der Atomlobby: Die Studie könne keine Aussage darüber machen, durch welche biologischen Risikofaktoren diese Häufung der Erkrankungen auftreten würden, und es könne "die von deutschen Kernkraftwerken im Normalbetrieb emittierte ionisierende Strahlung grundsätzlich nicht als Ursache interpretiert werden".

Prof. Dr. Edmund Lengfelder, Leiter des Otto Hug Strahleninstituts zeigt, daß diese Äußerung klar im Widerspruch zu den früheren Aussagen der Wissenschaftler steht, wonach der Abstand zwischen Wohnung und dem nächsten KKW-Schornstein als Ersatzgröße für nicht direkt meßbare Strahlungsexposition ausdrücklich als der eigentliche Parameter der Studie festgelegt worden war. Lengfelder: "Dieses Vorgehen erfüllt nach meiner Auffassung die Tatbestandsmerkmale von Fälschung bzw. Betrug in der Wissenschaft!"



Große Unsicherheit über die in der Umgebung von AKWs tatsächlich freigesetzte Radioaktivität und mangelhafte öffentliche Kontrolle

8

Die Messung der tatsächlich freigesetzten Radioaktivität bei Atomkraftwerken ist schwierig. Radioaktive Strahlung kann als Alpha-, Beta- oder Gammastrahlung auftreten, ständig gemessen wird aber nur die Gammastrahlung. **Ob andere, ebenfalls gefährliche Alpha- oder Betastrahler freigesetzt wurden, wird, wenn überhaupt, nur im Nachhinein festgestellt**, da die Filterkuchen der Schornsteine in Deutschland nur einmal alle drei Monate untersucht werden. Wegen teils rascher Zerfallsprozesse ist eine genaue Feststellung der tatsächlich freigesetzten Substanzen im Nachhinein schwierig.

Man unterscheidet die Messung von **Emissionen** und **Immissionen**. Emission ist hier die direkt aus dem Kraftwerk an die Umgebung abgegebene Menge strahlender Substanzen (aus dem Schornstein, übers Abwasser). Unter Immission versteht man die auf die Natur auftreffende Radioaktivität, wie sie im Wasser von Flüssen oder am Erdboden, in Fischen oder Pflanzen nachweisbar ist. In der Theorie sollten die Messungen von Emissionen und Immissionen übereinstimmen - denn es kann nur soviel zusätzliche Strahlung in der Natur aufgenommen werden, wie abgestrahlt wurde,

was eine ungefähre Kontrolle durch den Vergleich beider Messungen ermöglicht.

Die Problematik der Radioaktivitätskontrolle und des Strahlenschutzes läßt sich so zusammenfassen (am Beispiel deutscher Atomkraftwerke):

1. Die kontinuierlichen Messungen der Emissionen erfolgen **nur durch die Betreiber der AKW selbst(!)**.

Es gibt keine Nachkontrolle der Angaben der Werksbetreiber! Extern überprüft werden nur die Meßgeräte.

2. Die einzige **unabhängige Kontrolle ist die der Immissionen**. Diese Kontrollen werden aber nur **stichprobenartig und nicht ausreichend genau** gemacht. Es gibt keinen **Maßnahmenkatalog** oder Notfallplan für den Fall überhöhter Immissionswerte.

3. Die **Methodik der Bilanzierung der Schadstoffe ist äußerst lückenhaft**. Zahlreiche kurzlebige, aber hochradioaktive Nuklide würden gar nicht entdeckt werden.

4. Unzureichende Dokumentation der Daten und schlechte öffentliche Zugänglichkeit der Daten

5. Immer wieder kommt es vor, daß **Daten manipuliert** werden (wie im Fall des AKW Krümmel, wo ungewöhnlich viele Leukämiefälle aufgetreten sind).

6. Die statistisch hochgerechnete **Durchschnittsdosis der Strahlenbelastung enthält Unsicherheiten im Bereich mehrerer Zehnerpotenzen** und sagt nichts aus über die reale Belastung Einzelner.

Was müßte geschehen? Ein zweites System zur Kontrolle der Dosis-Grenzwerte unabhängig von der Bilanzierung der Emissionen müßte installiert werden, das die Immissionen möglichst exakt und vollständig erfaßt, insbesondere auch kurzlebige Isotope. Die Messung der Emissionen sollte von unabhängigen Organen erfolgen anstatt durch die Betreiber.

Quellen:

1. Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, *Strahlenbiologisches Gutachten vom Kernkraftwerk Krümmel 1999, Anhang B3 "Kritische Diskussion der Bevölkerungsschutzbestimmungen beim Betrieb von AKW in der Bundesrepublik"*
www.oh-strahlen.org/docs/index.html

2. Informationen von Dr. Sebastian Pflugbeil, *Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz*
www.gfstrahlenschutz.de

VERLAGSPOSTAMT 1200 WIEN

P.b.b. Reg.-Nr. 02 Z032 727M Erscheinungsort Wien

**Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:
1200 Wien, Pasettistr. 89/12**

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft JA zur Umwelt, NEIN zur Atomenergie, Pasettistr. 89/12, 1200 Wien

Tel. + Fax 01-332 6106 Internet: www.arge-ja.at, arge@arge-ja.at

Redaktion: Christiane Schmutterer, arge@arge-ja.at

Obmann: Univ.-Prof. Dr. DI August Raggam

Bankverbindung: Raikabank Wien, BLZ 32000 Kto. Nr. 02.820.678

Grafische Gestaltung: Christiane Schmutterer

Druck: W. Leukauf GmbH, 1220 Wien, Obachg. 10

Namentlich gekennzeichnete Beiträge oder solche, die deutlich als aus anderen Publikationen abgedruckt erkennbar sind, **müssen nicht die Meinung der Redaktion darstellen** und liegen nicht in ihrer Verantwortung.